

Stadtgeschichte

Der Zauber des "So nicht"

Es müssen ja nicht gleich brennende Barrikaden sein: Was verzweifelte Mieter von heute aus dem erfolgreichen Kampf um die Hamburger Hafensstraße lernen können.

VON TILL BRIEGLEB



Kapitalismusferne Idylle: In der Hafensstraße sind die Mieten traumhaft günstig. Das diskursive und oft ziemlich laute Lebensmodell eignet sich nicht für jeden. Aber eine neue Generation junger Linker fragt schon wieder, welche Verpflichtung aus Eigentum erwächst. Foto: imago/blickwinkel

Die Frage, wie man unabhängig vom Immobilienmarkt, selbstbestimmt und erschwinglich lebt, hat in den Achtzigerjahren ganze Bevölkerungsschichten radikalisiert. Während heute die galoppierenden Preise für Miete und Eigentum in den Städten von den meisten Menschen in stiller Wut als ungerecht empfunden werden, organisierten sich damals Gruppen zur Selbstermächtigung. Wenn Eigentum keine soziale Verpflichtung mehr begleitet, so die Parole, wird Recht zu Unrecht. Mit diesem ziemlich überzeugenden Argument begann Ende der Siebzigerjahre die große Hausbesetzerzeit in Deutschland.

Die Ausgangslage war damals freilich eine recht andere als heute. Der Staat begann, sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzuziehen, durch den gigantische Schlafstädte an den Stadträndern errichtet worden waren, weil angeblich die Nachfrage nicht mehr bestand. Gleichzeitig übergaben die Kommunen den sozialen Wohnungsmarkt Privatinvestoren, die im Einklang mit den neuen neoliberalen Ideen mit der Behauptung hausieren gingen, nur der freie Markt könne die Probleme der Gesellschaft lösen (womit sie gerade bei sozialdemokratischen Stadtregierungen Gehör fanden). Zusammen erreichten beide Akteure eine groß angelegte Politik der Wohnraumzerstörung durch Leerstand, Verfall und Sanierungsgebiete, in denen billige Altbauviertel für private Renditeobjekte abgerissen wurden.

Die Mutter des "So nicht!" war die Hamburger Hafensstraße. Nicht die erste Hausbesetzung, nicht die größte - in Berlin waren gleichzeitig rund 165 Gebäude instandbesetzt worden. Aber als sich im Februar 1982 ein wilder Haufen die ersten der zwölf teilweise leer stehenden Gebäude an der Elbe aneignete und wieder wohnfertig machte, begann die längste und härteste Auseinandersetzung um Recht und Sinn von Hausbesetzungen in Deutschland. Erst 1996 kam es zu einer Einigung mit dem Senat, das Ensemble konnte in die Selbstverwaltung einer Genossenschaft überführt werden. Am Ende wollte niemand mehr bestreiten, dass die Gründerzeithäuser mit Hafeblick allein deswegen überlebt haben, weil ihre neuen Bewohner zu extrem militantem Widerstand bereit gewesen waren.

Gewonnen haben dennoch die Spekulanten. 36 Jahre nachdem Hamburger mit der Hafensstraßenbesetzung gegen eine Stadtentwicklungspolitik revoltieren, die billigen Wohnraum vernichtet, um wenige Eigentümer reich zu machen, liegt das Mietniveau in St. Pauli rund um die Hafensstraße bei 15 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete plus 40 Prozent Aufschlag für Nebenkosten. Der ehemalige Arbeiter- und Prostituiertenstadtteil mit seinem einst hohen Anteil an türkischen Familien und Künstler-WGs hat sich seit den Achtzigern radikal entmischt, heute würde man sagen: gentrifiziert. Aber das Resultat einer rein privatwirtschaftlichen Wohnungspolitik spüren alle Stadtbewohner.

Die Protest-Oma Hafensstraße wird plötzlich wieder interessant

Allein in den vergangenen sieben Jahren stieg das durchschnittliche Mietniveau in Hamburg für eine 60-Quadratmeter-Wohnung von 480 auf 720 Euro Kaltmiete, in den Innenstadtbezirken auf durchschnittlich 960 Euro. Bereits 45 Prozent der Hamburger zahlen mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens fürs Wohnen. Und unter diesem Gesichtspunkt wird die Mietprotest-Oma Hafensstraße plötzlich wieder ein interessantes Vergleichsobjekt. Nicht weil es zu erwarten wäre, dass heutige Mieter wieder Barrikaden anzünden, Senatoren mit Fäkalien übergießen oder einen "alternativen Sonnenstaat mit Elbblick" gründen wollen, in dem die Stadt nichts zu melden hat. Sondern weil das seit über 20 Jahren etablierte Selbstverwaltungsmodell der Hafensstraße noch immer Wohnungen zu glücksspendenden Mietpreisen vergibt.

Für 260 Euro Warmmiete etwa wohnt Frank John, einer der Veteranen, hier mit Elbblick. Oder Martina de Ridder, die bereits vor der Besetzung in den Häusern wohnte und wie die anderen "Altmieten" später Teil des Projektes wurde, lebt in einer ausgebauten Dachwohnung mit Fernsicht für 442 Euro warm - auf 78 Quadratmetern. Niemand von den 95 Mietparteien, die sich aus den drei Gruppen der Erstbesetzer, der Altmieten und der Genossenschaft eines Neubauprojektes auf einer Zwischenfläche zusammensetzen, zahlt auch nur annähernd die astronomischen Wohnkosten in der Nachbarschaft. Das legt ziemlich eindeutig offen, welchen Anteil der Profit der Eigentümer mittlerweile an der Miete ausmacht.

Natürlich spricht die konkrete Lebenspraxis der Hafensstraße mit ihrer besonderen Geschichte nicht jeden an. Es gibt immer wieder diskursive Erdbeben an den Plattenrändern unterschiedlicher Weltauffassungen. Die beginnen beispielsweise mit Fragen, wie man mit den schwarzafrikanischen Verkäufern von verbotenen Betäubungsmitteln umgeht, die sich im Schutz des ehemals "rechtsfreien Raums" Hafensstraße bewegen, wo die Staatsmacht ihren Charakter als Feindbild nicht verloren hat - und deswegen auch nur mit großem Aufgebot kontrollieren kommt. Oder wie man mit dem Ruhebedürfnis von Leuten umgeht, die hier alt wurden und nicht mehr dauernd Musik hören wollen. Grundsätzlich geht es immer um die Frage: Wie viel Differenz erträgt diese gewachsene heterogene Gemeinschaft?

Der raue Ton schreckt Hafensstraßen-Neulinge ab

Trotzdem gibt es eine neue Klientel junger Linker, die sich lieber auf diversen Podien die Köpfe heiß diskutiert, als in einem anonymen Standardneubau für das Drei- bis Vierfache an Miete zu leben. Das kann anstrengend sein, wie Frank John zugibt, etwa wenn es darum geht, ob in Zukunft die unterschiedlichen Mietniveaus zwischen den einst besetzten Wohnungen (sehr niedrig) und der Neubaugenossenschaft (nur niedrig) sanft angeglichen werden. Aber das ist gelebte Demokratie, wenn auch manchmal in einem Tonfall, der viele Hafensstraßen-Frischlinge erschreckt, wie Frank John weiß.

Fängt man an, Geschichten zu sammeln, die jeden normalen Wohnungssuchenden verschrecken müssen, wird man in der bewegten Chronik der Hafensstraße natürlich reichlich fündig: von endlos langen Auswahlverfahren nach Kriterien politischer Korrektheit bis zu erregten Diskussionen, warum man Treppenhäuser reinigen muss. Aber es gibt eben auch viel gelebte Nachbarschaft und praktische Solidarität in einer Gemeinschaft, die den Anspruch hat, niemanden hängen zu lassen. Vor allem aber, und das ist der Grund, warum auch dieses Experiment noch heute Schule machen kann, ist unkapitalistische Selbstverwaltung billig und tendenziell viel bedürfnisgerechter.

In der Hafensstraße etwa gibt es einen Instandhaltungstrupp aus Mietern, der nahezu alle Reparaturen der Gemeinschaft schnell und kostengünstig ausführt. Die Stromversorgung durch ein Blockheizkraftwerk liegt ebenso in der Hand der Gemeinschaft wie die Organisation der Gemeinschaftsflächen, beides selbstverständlich ohne jede Profitambition. Und Initiative ist erwünscht, sei es beim Einbau eines Zentralaufzugs oder einer Toilette für die Flüchtlinge, die zwischen den Häusern kampieren.

Übertragen auf eine weniger komplizierte Bewohnerschaft ohne weltanschauliche Diskussionskultur liefert das professionelle Selbstverwaltungsmanagement also ein durchaus praktikables Denkmodell - mit einem Haken: Es gibt kaum noch Leerstand, der sich für eine neue Geschichte demokratischen Wohnens eignen würde, und schon gar nicht in dem Umfang ganzer Sanierungsgebiete wie in den Achtzigern.

Menschen ohne Kapital sind im aktuellen Bau-System nahezu chancenlos

Strukturelle Ähnlichkeiten zur Hafensstraße haben heute Baugenossenschaften, was die Vorteile der Selbstverwaltung, aber auch was die Belastungen des jahrelangen Entwicklungsprozesses betrifft. Aber auch diese müssen investieren, und zwar in einer Zeit steigender Grundstücks- und Baukosten. Das schließt den Typus Hafensstraßen-Bewohner von vorneherein aus. Menschen, die ein Projekt ohne Kapital nur mit Willen und Arbeitskraft aufbauen wollen, sind im aktuellen System der Wohnraumversorgung nahezu chancenlos.

Wer nichts zahlen kann oder will, der muss auch in Hamburg in eine Substandard-Schachtel am Ende des S-Bahn-Netzes ziehen, wo sich die Stadt gerade rühmt, Bauten für acht Euro pro Quadratmeter als "Grundstein für ein neues Kapitel im Wohnungsbau" geplant zu haben. In einer Gesellschaft, wo sich die Schere zwischen Arm und Reich täglich weiter öffnet, ist dieser Abschiebevorschlag so unschön wie die Sanierungsgebiete in den Achtzigern.

Vielleicht wird die stille Wut auf solche Art Scheinpolitik wieder zu radikalisierten Bevölkerungsschichten führen, die grundsätzliche Fragen zur sozialen Verpflichtung von Eigentum stellen. Das Erfolgsmodell der Hafensstraße zeigt, dass das Recht auf erschwingliches und selbstbestimmtes Wohnen in den Städten ohne organisierten Widerstand kaum zu erringen ist. Die Mutter des "So nicht!" hat vielleicht ein paar Ratschläge parat für die neuen Zornigen.

Süddeutsche Zeitung